Artikel vom 28.03.2018 · Ausgedruckt am 13.11.2026, 18:01 Uhr

Online: https://lz-rheinland-staging.p-k3txh2.project.space/nachricht/13-bejagung-ist-kein-aktionismus

13 - Bejagung ist kein Aktionismus



Foto: landpixel

Die verstärkte Bejagung von Wildschweinen ist aus Sicht der Bundesregierung kein Aktionismus, sondern dient dazu, im Fall einer Einschleppung der Afrikanischen Schweinepest (ASP) das Ausbreitungsrisiko zu verringern. Dies geht aus einer Antwort der Regierung auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Sachstand und den Übertragungswegen der ASP hervor. Darin schließt sich die Bundesregierung der Auffassung der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) an. „Die ASP-Ausbrüche bei Hausschweinen konnten schnell und problemlos getilgt werden, was zeigt, dass die gesetzlich vorgeschriebenen Maßnahmen zur Bekämpfung der ASP gute Erfolge erzielen“, heißt es in der Antwort. Das Einschleppungsrisiko hängt nach Ansicht der Regierung zwar nicht direkt von der Höhe der Schwarzwildpopulation in Deutschland ab; dennoch befürwortet sie eine vermehrte Bejagung. Eine hohe Wildschweindichte, wie zurzeit in Deutschland vorhanden, würde nämlich „die Ausbreitung der ASP begünstigen, falls das Virus in die Wildschweinpopulation gelangt.“

Im Kampf gegen eine mögliche Einschleppung der Afrikanischen Schweinepest (ASP) setzt jetzt auch die dänische Regierung auf Abschottung. Landwirtschafts-minister Esben Lunde Larsen kündigte den Bau von Wildzäunen entlang der Südgrenze und der wichtigsten Transitrouten an. Konkret sollen auf der rund 70 km langen deutsch-dänischen Grenze Zaunanlagen mit einer Höhe von 1,5 m angelegt werden. Nach

Angaben des Kopenhagener Agrarressorts soll der Straßenverkehr dadurch nicht behindert werden. Die Initiative erfordert jedoch noch die Zustimmung des dänischen Parlaments; ein entsprechender Antrag soll noch im April eingebracht und diskutiert werden. In der Industrie und beim landwirtschaftlichen Berufsstand rennt die dänische Regierung mit ihrer Initiative offene Türen ein. Schleswig-Holsteins Landwirtschaftsminister Dr. Robert Habeck kann dem Bau eines Grenzzauns allerdings wenig abgewinnen.